



2000 - Fakultativprotokoll zu dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes, betreffend Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie

[Klickbarer Index am Ende des Dokuments](#)

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls,

in der Erwägung, dass es zur weiteren Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens über die Rechte des Kindes¹ und zur weiteren Durchführung seiner Bestimmungen, insbesondere der Artikel 1, 11, 21, 32, 33, 34, 35 und 36, angebracht wäre, die Maßnahmen auszuweiten, die die Vertragsstaaten ergreifen sollen, um den Schutz des Kindes vor Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie zu gewährleisten,

sowie in der Erwägung, dass das Übereinkommen über des Rechte des Kindes das Recht des Kindes anerkennt, vor wirtschaftlicher Ausbeutung geschützt und nicht zu einer Arbeit herangezogen zu werden, die Gefahren mit sich bringen, die Erziehung des Kindes behindern oder die Gesundheit des Kindes oder seine körperliche, geistige, seelische, sittliche oder soziale Entwicklung schädigen könnte,

ernsthaft darüber besorgt, dass der internationale Kinderhandel zum Zweck des Verkaufs von Kindern, der Kinderprostitution und der Kinderpornografie beträchtliche Ausmaße angenommen hat und im Zunehmen begriffen ist,

zutiefst besorgt über die weit verbreitete und weiterhin anhaltende Praxis des Sextourismus, der Kinder besonders gefährdet, weil er den Kinderhandel, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie unmittelbar fördert,

in der Erkenntnis, dass eine Reihe besonders schutzbedürftiger Gruppen, namentlich Mädchen, in höherem Maße dem Risiko der sexuellen Ausbeutung ausgesetzt sind und dass Mädchen einen unverhältnismäßig hohen Anteil der sexuell Ausgebeuteten ausmachen,

besorgt über die zunehmende Verfügbarkeit von Kinderpornografie im Internet und über andere neue Technologien und unter Hinweis auf die 1999 in Wien abgehaltene Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet und insbesondere auf die Schlussfolgerung der Konferenz, in der diese die weltweite Kriminalisierung der Herstellung, des Vertriebs, der Ausfuhr, der Übermittlung, der Einfuhr und des vorsätzlichen Besitzes von Kinderpornografie sowie der Werbung dafür gefordert hat, und betonend, wie wichtig eine engere Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen den Regierungen und der Internet-Industrie ist,

überzeugt, dass die Beseitigung des Kinderhandels, der Kinderprostitution und der Kinderpornografie durch die Verfolgung eines ganzheitlichen Ansatzes erleichtert werden wird, der die Faktoren berücksichtigt, die zu diesen Erscheinungen beitragen, namentlich Unterentwicklung, Armut, wirtschaftliche Disparitäten, ungleiche sozioökonomische Strukturen, dysfunktionale Familien, fehlende Bildung, Land-Stadt-Wanderung, Diskriminierung auf Grund der Geschlechtszugehörigkeit, verantwortungsloses



sexuelles Verhalten Erwachsener, schädliche traditionelle Praktiken, bewaffnete Konflikte und Handel mit Kindern,

sowie überzeugt, dass Anstrengungen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit unternommen werden müssen, um die Nachfrage, die zu Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie führt, zu senken, sowie ferner überzeugt, dass es geboten ist, die weltweite Partnerschaft zwischen allen Akteuren zu stärken und die Durchsetzung der Rechtsvorschriften auf einzelstaatlicher Ebene zu verbessern,

im Hinblick auf die Bestimmungen der völkerrechtlichen Übereinkünfte betreffend den Schutz von Kindern, namentlich das Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption, das Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung, das Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern sowie das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (Übereinkommen 182),

ermutigt durch die überwältigende Unterstützung für das Übereinkommen über die Rechte des Kindes, in der die breite Entschlossenheit zur Förderung und zum Schutz der Rechte des Kindes zum Ausdruck kommt,

in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, die Bestimmungen des Aktionsprogramms zur Verhütung von Kinderhandel, Kinderprostitution

und Kinderpornografie und der Erklärung und Aktionsagenda des vom 27. bis 31. August 1996 in Stockholm abgehaltenen Weltkongresses gegen die gewerbsmäßige sexuelle Ausbeutung von Kindern sowie die anderen einschlägigen Beschlüsse und Empfehlungen der zuständigen internationalen Organe umzusetzen,

unter gebührender Beachtung der Bedeutung der Traditionen und kulturellen Werte eines jeden Volkes für den Schutz und die harmonische Entwicklung des Kindes,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vertragsstaaten verbieten den Kinderhandel, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie, wie in diesem Protokoll vorgesehen.

Artikel 2

Im Sinne dieses Protokolls

bedeutet Kinderhandel jede Handlung oder Transaktion, durch die ein Kind von einer Person oder einer Gruppe von Personen gegen Bezahlung oder eine andere Gegenleistung an eine andere Person oder Gruppe von Personen übergeben wird;

bedeutet Kinderprostitution die Benutzung eines Kindes in sexuellen Aktivitäten gegen Bezahlung oder jede andere Art der Gegenleistung;

bedeutet Kinderpornografie jede Darstellung, gleichviel mit welchen Mitteln, eines an wirklichen oder simulierten expliziten sexuellen Aktivitäten beteiligten Kindes und jede Darstellung der Geschlechtsteile eines Kindes zu hauptsächlich sexuellen Zwecken.



Artikel 3

Jeder Vertragsstaat stellt sicher, dass mindestens die folgenden Handlungen und Tätigkeiten voll in seinem Strafrecht erfasst werden, gleichviel ob diese Straftaten im Inland oder grenzüberschreitend, von einem Einzelnen oder auf organisierte Weise verübt werden:

In Bezug auf den Kinderhandel, wie in Artikel 2 definiert:

das Angebot, die Übergabe oder die Annahme eines Kindes, gleichviel mit welchen Mitteln, zum Zwecke

der sexuellen Ausbeutung des Kindes;

der Übertragung von Organen des Kindes zu Gewinnzwecken;

der Heranziehung des Kindes zur Zwangsarbeit;

die ungebührliche Herbeiführung, als Vermittler, der Zustimmung zur Adoption eines Kindes, unter Verstoß gegen die geltenden internationalen Übereinkünfte betreffend die Adoption;

das Angebot, die Beschaffung, die Besorgung oder die Bereitstellung eines Kindes zum Zwecke der Kinderprostitution, wie in Artikel 2 definiert;

die Herstellung, der Vertrieb, die Verbreitung, die Einfuhr, die Ausfuhr, das Angebot, der Verkauf oder der Besitz von Kinderpornografie, wie in Artikel 2 definiert, zu den oben genannten Zwecken.

Vorbehaltlich der innerstaatlichen Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gelten die gleichen Bestimmungen im Falle des Versuchs, irgendeine dieser Handlungen zu begehen, sowie im Falle der Mittäterschaft oder der Teilnahme daran.

Jeder Vertragsstaat bedroht diese Straftaten mit angemessenen Strafen, die die Schwere der Tat berücksichtigen.

Vorbehaltlich seiner innerstaatlichen Rechtsvorschriften trifft jeder Vertragsstaat, wo angebracht, die erforderlichen Maßnahmen, um die Haftung juristischer Personen für die Straftaten nach Absatz 1 zu begründen. Vorbehaltlich der Rechtsgrundsätze des Vertragsstaats kann die Haftung juristischer Personen straf-, zivil- oder verwaltungsrechtlicher Natur sein.

Die Vertragsstaaten treffen alle angemessenen rechtlichen und administrativen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass alle Personen, die an der Adoption eines Kindes beteiligt sind, im Einklang mit den geltenden völkerrechtlichen Übereinkünften handeln.

Artikel 4

Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Straftaten zu begründen, wenn die Straftaten in seinem Hoheitsgebiet oder an Bord eines in diesem Staat eingetragenen Schiffes oder Luftfahrzeugs begangen worden sind.

Jeder Vertragsstaat kann die notwendigen Maßnahmen treffen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Straftaten in den folgenden Fällen zu begründen:

wenn der Verdächtige ein Angehöriger dieses Staates ist oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in dem Hoheitsgebiet dieses Staates hat;

wenn das Opfer ein Angehöriger dieses Staates ist.



Jeder Vertragsstaat trifft ebenso die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die oben genannten Straftaten zu begründen, wenn der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er ihn nicht an einen anderen Vertragsstaat ausliefert, weil die Straftat von einem seiner Staatsangehörigen begangen worden ist.

Dieses Protokoll schließt eine nach innerstaatlichem Recht ausgeübte Strafgerichtsbarkeit nicht aus.

Artikel 5

Die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Straftaten gelten als in jeden zwischen Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag einbezogene, der Auslieferung unterliegende Straftaten und werden in jeden künftig zwischen ihnen zu schließenden Auslieferungsvertrag als der Auslieferung unterliegende Straftaten im Einklang mit den in diesen Verträgen niedergelegten Bedingungen aufgenommen.

Erhält ein Vertragsstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungsersuchen von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so kann er dieses Protokoll als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in Bezug auf diese Straftaten ansehen. Die Auslieferung unterliegt im Übrigen den im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen.

Vertragsstaaten, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags abhängig machen, erkennen unter sich diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende Straftaten vorbehaltlich der im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen an.

Diese Straftaten werden für den Zweck der Auslieferung zwischen Vertragsstaaten so behandelt, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch in den Hoheitsgebieten der Staaten begangen worden, die in Übereinstimmung mit Artikel 4 ihre Gerichtsbarkeit zu begründen haben.

Wird in Bezug auf eine der in Artikel 3 Absatz 1 genannten Straftaten ein Auslieferungsersuchen gestellt und liefert der ersuchte Vertragsstaat den Straftäter auf Grund seiner Staatsangehörigkeit nicht aus oder will er ihn nicht ausliefern, so trifft dieser Staat geeignete Maßnahmen, um den Fall seinen zuständigen Behörden zum Zwecke der Strafverfolgung zu unterbreiten.

Artikel 6

Die Vertragsstaaten gewähren einander die weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit Untersuchungen beziehungsweise mit Straf- oder Auslieferungsverfahren, die in Bezug auf die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Straftaten eingeleitet werden, einschließlich bei der Beschaffung der ihnen zur Verfügung stehenden und für das Verfahren erforderlichen Beweismittel.

Die Vertragsstaaten erfüllen ihre Verpflichtungen nach Absatz 1 im Einklang mit den zwischen ihnen bestehenden Verträgen oder sonstigen Vereinbarungen über die gegenseitige Rechtshilfe. In Ermangelung solcher Verträge oder Vereinbarungen gewähren die Vertragsstaaten einander Rechtshilfe nach ihrem innerstaatlichen Recht.

Artikel 7

Die Vertragsstaaten werden vorbehaltlich der Bestimmungen ihres innerstaatlichen Rechts



geeignete Maßnahmen ergreifen, um

Güter wie beispielsweise Gegenstände, Vermögenswerte und sonstige Hilfsmittel, die verwendet wurden, um Straftaten nach diesem Protokoll zu begehen oder ihre Begehung zu erleichtern, sowie

aus diesen Straftaten stammende Erträge zu beschlagnahmen beziehungsweise einzuziehen;

den Ersuchen eines anderen Vertragsstaates um die Beschlagnahme oder Einziehung der unter Buchstabe a) Ziffern i) und ii) genannten Güter oder Erträge nachkommen;

Maßnahmen zur vorübergehenden oder endgültigen Schließung der Räumlichkeiten treffen, die zur Begehung dieser Straftaten benutzt wurden.

Artikel 8

Die Vertragsstaaten ergreifen geeignete Maßnahmen, um die Rechte und Interessen der Kinder, die Opfer von nach diesem Protokoll verbotenen Praktiken sind, in allen Phasen des Strafverfahrens zu schützen, insbesondere indem sie

die Schutzbedürftigkeit der Opfer gewordenen Kinder anerkennen und die Verfahren anpassen, um ihren besonderen Bedürfnissen, namentlich in ihrer Eigenschaft als Zeugen, Rechnung zu tragen;

die Opfer gewordenen Kinder über ihre Rechte, ihre Rolle sowie über den Umfang, den zeitlichen Ablauf und den Stand des Verfahrens und über die in ihrem Fall getroffene Entscheidung unterrichten;

zulassen, dass die Ansichten, Bedürfnisse und Anliegen der Opfer gewordenen Kinder im Einklang mit den Verfahrensregeln des

innerstaatlichen Rechts in Verfahren, die ihre persönlichen Interessen berühren, vorgebracht und geprüft werden können;

den Opfer gewordenen Kindern während des gesamten Gerichtsverfahrens angemessene Unterstützungsdienste zur Verfügung stellen;

soweit erforderlich die Privatsphäre und die Identität der Opfer gewordenen Kinder schützen und im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht Maßnahmen ergreifen, um die unangemessene Verbreitung von Informationen zu verhüten, die zu ihrer Identifizierung führen könnten;

gegebenenfalls sicherstellen, dass die Opfer gewordenen Kinder sowie ihre Angehörigen und für sie aussagende Zeugen vor Einschüchterungs- und Vergeltungsmaßnahmen geschützt werden;

verhindern, dass es bei der Entscheidung von Fällen und der Vollstreckung von Verfügungen oder Urteilen, die den Opfer gewordenen Kindern Schadenersatz zubilligen, zu unnötigen Verzögerungen kommt.

Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Ungewissheit bezüglich des tatsächlichen Alters des Opfers nicht die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen verhindert, namentlich der Ermittlungen zur Feststellung des Alters des Opfers.

Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass bei der Behandlung der Kinder, die Opfer der in diesem Protokoll genannten Straftaten geworden sind, durch das System der Strafrechtspflege das Wohl des Kindes ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt ist.

Die Vertragsstaaten treffen Maßnahmen, um für die angemessene Ausbildung, insbesondere



auf juristischem und psychologischem Gebiet, der Personen Sorge zu tragen, die sich mit den Opfern der nach diesem Protokoll verbotenen Straftaten befassen.

Die Vertragsstaaten ergreifen gegebenenfalls Maßnahmen, um die Sicherheit und Unversehrtheit der Personen und/oder Organisationen zu gewährleisten, die an der Verhütung dieser Straftaten und/oder am Schutz und an der Rehabilitierung ihrer Opfer beteiligt sind.

Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als beeinträchtigt er das Recht des Angeklagten auf einen fairen und unparteilichen Prozess oder als sei er damit unvereinbar.

Artikel 9

Die Vertragsstaaten verabschieden beziehungsweise stärken, setzen um und verbreiten Rechtsvorschriften, Verwaltungsmaßnahmen, Sozialpolitiken und Sozialprogramme, um die in diesem Protokoll genannten Straftaten zu verhüten. Besondere Beachtung ist dem Schutz von Kindern zu schenken, die durch diese Praktiken besonders gefährdet sind.

Die Vertragsstaaten sensibilisieren die Öffentlichkeit, einschließlich der Kinder, für die Maßnahmen zur Verhütung der in diesem Protokoll genannten Straftaten und für deren schädliche Auswirkungen durch Informationstätigkeit mit allen geeigneten Mitteln, Aufklärung und Ausbildung. Bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach diesem Artikel fördern die Vertragsstaaten die Mitwirkung der Gemeinschaft und insbesondere der Kinder und der Opfer gewordenen Kinder an solchen Informations-, Aufklärungs- und Ausbildungsprogrammen, einschließlich auf internationaler Ebene.

Die Vertragsstaaten treffen alle durchführbaren Maßnahmen, um jede geeignete Hilfe für die Opfer dieser Straftaten sicherzustellen, namentlich ihre volle soziale Wiedereingliederung und ihre volle physische und psychische Genesung.

Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass alle Kinder, die Opfer der in diesem Protokoll beschriebenen Straftaten werden, Zugang zu angemessenen Verfahren haben, die es ihnen gestatten, ohne Diskriminierung Schadenersatz von den rechtlich Verantwortlichen zu verlangen.

Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um die Herstellung und Verbreitung von Material wirksam zu verbieten, in dem für die in diesem Protokoll beschriebenen Straftaten geworben wird.

Artikel 10

Die Vertragsstaaten ergreifen alle notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, indem sie multilaterale, regionale und bilaterale Vereinbarungen schließen, um Kinderhandel, Kinderprostitution, Kinderpornografie und Kindersextourismus zu verhüten und die für diese Handlungen Verantwortlichen aufzuspüren, gegen sie zu ermitteln, sie strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen. Die Vertragsstaaten fördern außerdem die internationale Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen ihren Behörden, den nationalen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen und den internationalen Organisationen.

Die Vertragsstaaten fördern die internationale Zusammenarbeit zur Unterstützung der Opfer gewordenen Kindern bei ihrer physischen und psychischen Genesung, ihrer sozialen Wiedereingliederung und ihrer Repatriierung.



Die Vertragsstaaten fördern die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, um die tieferen Ursachen, wie Armut und Unterentwicklung, zu beseitigen, die zur Gefährdung von Kindern für Kinderhandel, Kinderprostitution, Kinderpornografie und Kindersextourismus beitragen.

Die Vertragsstaaten, die dazu in der Lage sind, gewähren finanzielle, technische oder sonstige Hilfe im Rahmen bestehender multilateraler, regionaler, bilateraler oder sonstiger Programme.

Artikel 11

Dieses Protokoll lässt zur Verwirklichung der Rechte des Kindes besser geeignete Bestimmungen unberührt, die enthalten sind

im Recht des Vertragsstaats oder

in dem für diesen Staat geltenden Völkerrecht.

Artikel 12

Jeder Vertragsstaat legt dem Ausschuss für die Rechte des Kindes binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des Protokolls für diesen Vertragsstaat einen Bericht vor, der umfassende Angaben über die Maßnahmen enthält, die er zur Durchführung des Protokolls ergriffen hat.

Nach Vorlage des umfassenden Berichts nimmt jeder Vertragsstaat in die Berichte, die er dem Ausschuss für die Rechte des Kindes im Einklang mit Artikel 44 des Übereinkommens vorlegt, alle weiteren Angaben über die Durchführung des Protokolls auf. Die anderen Vertragsstaaten des Protokolls legen alle fünf Jahre einen Bericht vor.

Der Ausschuss für die Rechte des Kindes kann die Vertragsstaaten um weitere Angaben über die Durchführung dieses Protokolls ersuchen.

Artikel 13

Dieses Protokoll liegt für alle Staaten, die Vertragsstaaten des Übereinkommens sind oder dieses unterzeichnet haben, zur Unterzeichnung auf.

Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation und steht allen Staaten, die Vertragsstaaten des Übereinkommens sind oder dieses unterzeichnet haben, zum Beitritt offen. Die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 14

Dieses Protokoll tritt drei Monate nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Für jeden Staat, der dieses Protokoll nach seinem Inkrafttreten ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt es einen Monat nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 15

Jeder Vertragsstaat kann dieses Protokoll jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen; der Generalsekretär unterrichtet sodann die anderen Vertragsstaaten und alle Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Eine solche Kündigung enthebt den Vertragsstaat nicht seiner Verpflichtungen aus diesem Protokoll in Bezug auf vor dem Wirksamwerden der Kündigung begangene Straftaten. Die Kündigung berührt auch nicht die weitere Prüfung einer Sache, mit der der Ausschuss für die Rechte des Kindes bereits vor



dem Wirksamwerden der Kündigung befasst war.

Artikel 16

Jeder Vertragsstaat kann eine Änderung vorschlagen und sie beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt sodann den Änderungsvorschlag den Vertragsstaaten mit der Aufforderung, ihm mitzuteilen, ob sie eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Beratung und Abstimmung über den Vorschlag befürworten. Befürwortet innerhalb von vier Monaten nach dem Datum der Übermittlung wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten eine solche Konferenz, so beruft der Generalsekretär die Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. Jede Änderung, die von der Mehrheit der auf der Konferenz anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten angenommen wird, wird der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Billigung vorgelegt.

Eine nach Absatz 1 dieses Artikels angenommene Änderung tritt in Kraft, wenn sie

von der Generalversammlung gebilligt und von einer Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten angenommen worden ist.

Tritt eine Änderung in Kraft, so ist sie für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich, während für die anderen Vertragsstaaten weiterhin die Bestimmungen dieses Protokolls und alle früher von ihnen angenommenen Änderungen gelten.

Artikel 17

Dieses Protokoll, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt allen Vertragsstaaten des Übereinkommens und allen Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.



Liste der Artikeln

Artikel 1	2
Artikel 2	2
Artikel 3	3
Artikel 4	3
Artikel 5	4
Artikel 6	4
Artikel 7	4
Artikel 8	5
Artikel 9	6
Artikel 10	6
Artikel 11	7
Artikel 12	7
Artikel 13	7
Artikel 14	7
Artikel 15	7
Artikel 16	8
Artikel 17	8



2000 - Fakultativprotokoll zu dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes,
betreffend Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie